Bericht:

Für den Teilhaushalt 11, Produkt Zentrale Finanzen (P1.1.1.1.201, Seite 70) wurde im Haushalt 2011 folgende Ziel bestimmt (§ 4 Abs. 7 GemHKVO):

Vorlage eines Konzeptes zur langfristigen Entschuldung der Stadt mit entsprechender Zeitachse bis Juli 2011

Dieses Ziel korrespondiert mit der gesetzlichen Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes mit entsprechender Fortschreibung im Rahmen eines Haushaltssicherungsberichtes (§§ 82 Abs. 1 NGO, 23 GemHKVO – Haushalt 2011, Seite 303 ff).

Grundsätzlich sind zwei Bereiche des Haushaltes zu unterscheiden:

1. Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt 2011 ist unausgeglichen (Haushalt 2011, Seite 13, Zeile 28: Jahresergebnis). Der geplante Fehlbetrag des Jahres 2011 geht von einem Defizit von rund 2 Mio. Euro aus. Auch die Finanzplanung der Folgejahre unterstellt, dass die Erträge die geplanten Aufwendungen nicht decken, so dass nach wie vor Schulden aufgebaut werden. Diese kummulieren sich in der Zukunft und müssen durch Kassenkredite (Überziehung der städtischen Girokonten) getragen werden, da langfristige Darlehen nur für Investitionen und nicht für den laufenden Betrieb aufgenommen werden dürfen. Zuerst müssen daher diese Fehlbeträge abgebaut werden, bevor zusätzliche Tilgungen auf langfristige Darlehensverpflichtungen geleistet werden können.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

Ergebnishaushalt	vorl. Ergebnis 2010	Planung 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28. Jahresergebnis	-735.299	- 1.998.578	- 2.130.225	- 2.290.919	- 2.400.936
29. Summe der Jahresfehlbeträge aus Vorjahren gem. § 2 Abs. 6 GemHKVO		- 735.299	- 2.733.877	- 4.864.102	- 7.155.021
Fortgeschriebenes Jahresergebnis	-735.299	- 2.733.877	- 4.864.102	- 7.155.021	- 9.555.957

Durch das Haushaltssicherungskonzept 2011 wurden Maßnahmen beschlossen, welche die obige Planung wie folgt verbessern sollen:

	Planung 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
--	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------

Haushaltssicherungskonzept		226.500	226.500	201.500	201.500
-----------------------------------	--	----------------	----------------	----------------	----------------

Daneben hat sich die derzeitige Haushaltssituation wie bereits berichtet durch Mehrerträge bei den Konzessionsabgaben, Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Schlüsselzuweisungen gegenüber der ursprünglichen Planung verbessert. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Trend nicht rückläufig ist:

		Planung 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Haushalts- verbesserung durch Abgaben, Steuern und Umlagen		800.000	800.000	800.000	800.000

Die Gewerbesteuer betrug im Jahr 2010 2,575 Mio Euro im Rechnungsergebnis. Für das Jahr 2011 wurde konservativ ein Ertrag von 2,1 Mio Euro geplant. Das Plansoll wurde zum heutigen Zeitpunkt annähernd erreicht, so dass auch im Hinblick auf die anhaltend gute Konjunktur und die zu erwartenden Neuansiedlungen von Betrieben im JadeWeserPark davon ausgegangen werden kann, dass auch zukünftig die Gewerbesteuer diesen Stand erreichen kann:

		Planung 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Haushalts- verbesserung durch Gewerbesteuer		400.000	400.000	400.000	400.000

Diese Erträge wirken sich auf die Haushaltsentwicklung wie folgt aus:

geplante Auswirkungen	vorl. Ergebnis 2010	Planung 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
28. Jahresergebnis	-735.299	- 572.078	- 703.725	- 889.419	- 999.436
29. Summe der Jahresfehlbeträge aus Vorjahren gem. § 2 Abs. 6 GemHKVO		- 735.299	- 1.307.377	- 2.011.102	- 2.900.521
Fortgeschriebenes Jahresergebnis	-735.299	- 1.307.377	- 2.011.102	- 2.900.521	- 3.899.957

Diese Maßnahmen sind nicht ausreichend, um einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Alle **freiwilligen Leistungen** der Stadt müssen daher kritisch überprüft und hinterfragt werden. Diese sind als **Anlage** dargestellt. Die Summe der freiwilligen Leistungen der Stadt beträgt rund 3 Mio Euro.

2. Finanzhaushalt

In den obigen Beträgen sind folgende Zinsleistungen für Kredite und langfristige Darlehen enthalten (Haushalt 2011 Seite 13):

	Planung 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-497.100	-614.000	-822.900	-974.900

Sofern eine vollständige Entschuldung von den bisherigen Darlehensverpflichtungen möglich wäre, würden diese Aufwendungen entfallen und ein Haushaltsausgleich möglich.

Die langfristigen Schulden der Stadt werden im Finanzhaushalt abgebildet. Diese betragen zum Stichtag 01.01.2011 11,341 Mio Euro (Haushalt 2011, Seite 309). Darlehen dürfen nur für Investitionen aufgenommen werden. Die Nettoneuverschuldung errechnet sich durch Kreditaufnahme abzüglich Tilgung der bisherigen Kredite (Finanzhaushalt 2011, Seite 15 Zeile 36: Saldo aus Finanzierungstätigkeit). Die derzeitige Planung stellt sich wie folgt dar:

	vorl. Ergebnis 2010	Planung 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014
Finanzhaushalt					
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit		637.780	4.070.010	3.505.890	1.877.650
Vortrag aus Vorjahr		11.341.000	11.978.780	16.048.790	19.554.680
Fortgeschriebener Schuldenstand	11.341.000	11.978.780	16.048.790	19.554.680	21.432.330

Eine vorzeitige Tilgung der bislang aufgenommenen Darlehen könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- gewinnbringender Verkauf des Abwassernetzes
- Erschließung und gewinnbringende Vermarktung von Bau- und Gewerbegrundstücken auf eigene Rechnung
- Verkauf nicht benötigter Immobilien

Hierzu sind weitere Ermittlungen und Prüfungen erforderlich.

Um die Erhöhung des Schuldenstandes zu verhindern, müssten Überschüsse aus dem laufenden Haushalt (Ergebnishaushalt) in Höhe des Saldos aus Finanzierungstätigkeit – durchschnittlich 2,5 Mio Euro - zur Verfügung stehen, um eine weitere Neuverschuldung zu vermeiden.

Gesamtbetrachtung

Um ein Sparkonzept wirksam umsetzen zu können, müssen einheitliche und klare politische sowie administrative Voraussetzungen gegeben sein. Entscheidend ist die strategische Ausrichtung der Stadtpolitik, das Engagement aller Beteiligten und eine klare Rollenverteilung zwischen Projektsteuerung und den Ideengebern. Verwaltung kann Vorschläge unterbreiten und Auswirkungen darstellen. Die Akzeptanz zu Veränderungen wird bei den Betroffenen und der Bevölkerung entscheidend dadurch beeinflusst, inwieweit diese in dem Prozess mitgenommen werden. Eine laufende Beteiligung von Mitarbeitern und jetzt der Bürger durch Einführung des Bürgerhaushaltes ist daher erforderlich, um ein positives Klima für haushaltskonsolidierende Maßnahmen zu schaffen.

Ob und in welchem Umfang einzelne Maßnahmen umgesetzt werden, liegt letztendlich in der Entscheidung zukünftiger Räte.